



Kohle, Konzerne, Konflikte verbinden Kontinente

Dialogtagung in Aachen beschäftigte sich mit den Folgen des Kohleabbaus in Deutschland und Kolumbien – Internationale Verflechtungen

Seit mehr als fünf Jahrzehnten verbindet das Bistum Aachen und die Kirche von Kolumbien eine Partnerschaft. Diese ist vielschichtig und umfasst zunehmend auch die Frage der Menschenrechte. Die Ausbeutung von Rohstoffen, konkret von Kohle, ist in diesem Zusammenhang etwas, das beide Seiten betrifft. Zeit, darüber zu sprechen und gemeinsame Initiativen zu starten.

In diesem Sinne trafen sich am 17. März 2018 in Aachen 60 Frauen und Männer aus kirchlichen Gremien und Einrichtungen sowie Bürgerrechts- und Ökologiegruppen des Rheinischen Braunkohlereviere und der kolumbianischen Halbinsel La Guajira. Dort werden gerade in brachialer Weise Tagebaue erschlossen, mit fatalen Folgen für die örtliche Bevölkerung, mit Vertreibung, Wassermangel, Nahrungsmittelknappheit.

Die dort gewonnene Kohle gehe zu 98 Prozent ins Ausland, skizzierte Susanne Breuer vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor. Gleiches gelte für die Wertschöpfung, denn Hauptprofiteure der exzessiven Rohstoffausbeutung seien multinationale Konzerne, hieß es bei der Tagung. Breuer verdeutlichte, dass Deutschland zwar im Inland den Steinkohleabbau beende, aber die Verstromung von Steinkohle nicht. Ein Fünftel der importierten, billigen Kohle stamme aus Kolumbien.

Wie dramatisch die Konsequenzen dieser Handelsverflechtung sind, berichtete Alejandro Rodriguez, Menschenrechtsaktivist aus Kolumbien. Auf der Halbinsel seien in den letzten Jahren 5.000 Kinder unter fünf Jahren wegen Mangelernährung gestorben. Arbeitslosigkeit, Armut, Erkrankungen, Entwurzelung und Gewalt hätten Einzug gehalten. Hinzu kämen Umweltprobleme wie Zerstörung von Ökosystemen, Überflutungen in der Regenzeit und Dürre in der Trockenzeit. Bisher wurden 20.000 Menschen auf der Halbinsel mit unterschiedlichen Mitteln umgesiedelt, aber die aktuellen Pläne sähen eine Vervierfachung des Abbaus in den nächsten Jahren vor.

Das Rheinische Braunkohlerevier hingegen blickt auf 40.000 umgesiedelte Menschen zurück, resümierte Peter Singer, Vertreter der Linken im Braunkohlenausschuss des Kölner Regionalrats. Nun gelte es, den Strukturwandel weg von der Kohleverstromung zu gestalten, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Singer machte deutlich, dass es jetzt noch um dieselbe Zahl von Stellen gehe, welche der Bergbaubetreiber in den letzten Jahren selbst geräuschlos abgebaut hätte.

Die größere Relevanz für die Region hätten längst Forschung und Entwicklung rund um die Hochschulen errungen, hieß es in Aachen. Der Dienstleistungssektor insgesamt dominiere inzwischen das Bild, Bergbau habe nur noch eine minimale wirtschaftliche Bedeutung. Gleichwohl gingen Abbau und Verstromung von Kohle mit allen Auswirkungen auf Natur, Umwelt, soziale und wirtschaftliche Situation sowie körperliche und seelische Gesundheit weiter.

Was tun? So unterschiedlich die aktuelle Tragweite und die staatlichen Rahmenbedingungen sind, so verbindet doch die Verletzung von Menschenrechten im Grundsatz beide Regionen. Und auch in dem, was hilft, ähneln sich die Einschätzungen. Die Konzerne zu stärkerer Transparenz verpflichten, zur Garantie von Menschenrechten, zu verbindlichen Qualitätsstandards und Aktionsplänen, ökologisch, sozial, regionalwirtschaftlich, ist das eine. In manchen Feldern der Menschenrechtsarbeit hat dies bereits Früchte getragen.

Das andere ist, die Vernetzung zu vertiefen, Informationen auszutauschen, Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren, um den Import/Export von Blutkohle und die klimaschädliche Verfeuerung von Kohle zu ächten. Auch Gesetzgeber und Regierungen hätten etwas beizusteuern, etwa bei Vergaberichtlinien. Kirchen und Kommunen könnten Einfluss nehmen, zum Beispiel über ihr Beschaffungswesen oder ihren Strombezug. Nicht zuletzt hätten auch die kleinen Verbraucher über ihre Kaufentscheidungen große Gestaltungschancen.

Der Aachener Diözesanrat der Katholiken, der mit dem Bischöflichen Generalvikariat Aachen und dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor zu der „Dialogtagung Kohle“ eingeladen hatte, wird mit den Ergebnissen der Tagung arbeiten. Sowohl für die Partnerschaftsarbeit mit Kolumbien als auch für die sozialen Bewegungen in Deutschland habe der Austausch wichtige Einblicke und Impulse gebracht, resümierte der Vorsitzende Lutz Braunöhler. Gefördert wurde die Tagung durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

Fotos ebenfalls honorarfrei zu nutzen gegen Quellenangabe:

Kohlemine von Cerrejon in einem großen Abbaugelände auf der kolumbianischen Halbinsel La Guajira. Der Abbau hat viele negative Folgen für die Bevölkerung und die Natur.

Foto: kolko e.V./Annalen Micus

Familie des Jungen Moisés, die auf juristischem Weg versucht, gegen Cerrejon vorzugehen, da Moisés unter Atemwegserkrankungen leidet und die Familie die Minenbetreiber beschuldigt, für die Emissionen verantwortlich zu sein, die diese Atemwegserkrankung verursachen.

Foto: kolko e.V./Annalen Micus

Pressemitteilung vom 18. März 2018
herausgegeben vom
Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen
Postfach 100 311
52003 Aachen
Telefon: 02 41 / 452 251
Fax: 02 41 / 452 252
E-Mail: info@dioezesanrat.bistum-aachen.de



Der Diözesanrat der Katholiken berät als oberstes Laiengremium den Aachener Bischof bei der Weiterentwicklung der Pastoral im Bistum Aachen. Das Gremium vertritt die Interessen von mehreren hundert GdG-, Pfarrei- und Gemeinderäten, sieben regionalen Katholikenräten und über 20 Erwachsenen- und Jugendverbänden. In seinen Werkstätten und Foren bearbeitet der Rat neben binnenkirchlichen Fragestellungen auch wichtige gesellschaftliche Themen, vom Klimaschutz bis zur Zukunft der Arbeit. Näheres unter www.dioezesanrat-aachen.de.